

Iran China und die Grenzen amerikanischer Machtprojektion

Zielstellungen Bewertungskriterien und hegemoniale Ordnungsvorstellungen

Analyse für Dr. Klaus Retzlaff · 11. Oktober 2026

1 Gegenstand und analytischer Befund

Ausgangspunkt ist der Meinungsbeitrag von Joe Costa und Ely Ratner in der Washington Post vom 16. März 2026. Seine Kernthese lautet: Der Irankrieg schwäche die amerikanische Abschreckungsfähigkeit gegenüber China; militärische Ressourcen müssten deshalb stärker nach strategischen Prioritäten eingesetzt werden. [1]

Die daraus entwickelte Bewertung dieses Berichts lautet: Eine solche Prioritätensetzung lässt sich als Selbstkorrektur einer militärisch weit ausgreifenden Machtpolitik verstehen. Sie begrenzt den Einsatz von Gewalt durch die Frage nach seinem Ertrag für die eigene Stellung im internationalen Kräfteverhältnis. Ob diese Stellung selbst verändert werden sollte, ist eine zusätzliche politische Frage. Die kritische Analyse setzt dort an, wo aus einer überprüfbaren Knappheit an Mitteln eine scheinbar zwingende Rangordnung politischer Zwecke wird.

Als hegemonial gilt hier eine Ordnungsvorstellung, in der ein Staat beansprucht, wesentliche Bedingungen des Handelns anderer Staaten über seine eigene Region hinaus maßgeblich zu bestimmen. Dazu gehören privilegierter Zugang, militärische Eingriffsmöglichkeiten, die Organisation von Bündnissen und die Fähigkeit, rivalisierende Machtzentren zu begrenzen. Dieser Begriff bezeichnet eine Beziehung zwischen Akteuren. Er setzt weder Allmacht noch die unmittelbare Kontrolle sämtlicher Länder voraus.

Die Untersuchung trennt die knappe Wiedergabe der Ausgangsthese von eigenständiger Kritik und ergänzendem Quellenvergleich. Strategiepapiere belegen erklärte Ziele; sie beweisen weder deren Berechtigung noch deren praktische Umsetzung. Der Bezugspunkt ist die Debatte am 16. März 2026. Spätere Kriegsverläufe werden nicht rückwirkend als Wissen der Autoren behandelt.

2 Die Autoren und ihr institutioneller Standort

Joe Costa leitet das Programm Forward Defense des Atlantic Council. Zuvor war er im US-Verteidigungsministerium als Deputy Assistant Secretary of Defense for Plans and Posture tätig. Sein Verantwortungsbereich umfasste die zivile Beratung zur operativen Kriegsplanung und zur Stationierung amerikanischer Streitkräfte im Ausland. [2]

Ely Ratner ist Principal der Marathon Initiative und war von 2021 bis 2025 Assistant Secretary of Defense for Indo-Pacific Security Affairs. Seine frühere Tätigkeit umfasste außerdem die Leitung der China Task Force des Pentagon. [3]

Beide verfügen damit über einschlägige Erfahrung innerhalb des amerikanischen sicherheitspolitischen Apparats. Das verleiht ihrer Einschätzung von Planungsproblemen Gewicht. Zugleich ist ihr beruflicher Bezugsrahmen die Gestaltung amerikanischer Strategie. Sachkenntnis und Standortgebundenheit können

gleichzeitig vorliegen. Eine technische Diagnose lässt sich überprüfen, während die Auswahl ihres politischen Maßstabs gesondert zu beurteilen ist.

Forward Defense beschreibt seine Aufgabe als Stärkung amerikanischer Militärmacht und als Verbindung von Entscheidungsträgern aus Regierung, Industrie und Militär. Die Marathon Initiative versteht sich als Einrichtung zur Entwicklung amerikanischer Strategien für anhaltende Großmachtkonkurrenz unter begrenzten Ressourcen. Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass Veröffentlichungen ihrer Mitarbeiter keine institutionellen Positionen darstellen. [4; 5]

Die Verbindung früherer Regierungsfunktionen mit Denkfabriken und einem meinungsbildenden Medium ist eine relevante Kommunikationsstruktur. Sie ermöglicht es, operative Erfahrungen in öffentlich wirksame Problemdefinitionen zu übersetzen. Dadurch kann etwa die Frage, wie eine Machtstellung effizient erhalten wird, stärker sichtbar werden als die Frage, welche Machtstellung politisch vertretbar ist. Aus dieser Struktur folgt jedoch kein Nachweis einer zentral gesteuerten Kampagne. Ebenso wenig lässt sich der Beitrag als amtliche Position der US-Regierung oder als redaktionelle Position der gesamten Washington Post behandeln.

3 Die materielle Grundlage der Debatte

Die Bereitschaftsprobleme sind überprüfbar. Der amerikanische Rechnungshof GAO stellte am 4. März 2026 einen über zwei Jahrzehnte entstandenen Rückgang der militärischen Einsatzbereitschaft fest. Seine Untersuchung behandelt mehrere militärische Bereiche und verweist auf mehr als 150 noch umzusetzende Empfehlungen. Das stützt die Diagnose struktureller Probleme; es beziffert nicht den zusätzlichen Effekt einer einzelnen laufenden Operation. [6]

Das Congressional Budget Office untersuchte Wartungsereignisse von Zerstörern und amphibischen Schiffen zwischen 2010 und 2024. Für Zerstörer der Klasse DDG-51 prognostizierte es durchschnittlich 27 Prozent der geplanten Dienstzeit in Werftwartung, mehr als doppelt so viel wie in den ursprünglichen Klassenplänen. Diese Zahl ist eine Lebensdauerprojektion. Sie bedeutet weder, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt genau 27 Prozent der Schiffe ausfallen, noch dass der Irakkrieg diesen Wartungsanteil verursacht hat. [7]

Die strategische Bedeutung solcher Befunde folgt aus der Differenz zwischen Bestand und Verfügbarkeit. Ein vorhandenes System kann wegen Wartung, fehlender Besatzung, unzureichender Ausbildung oder gebundener Transportkapazität für einen bestimmten Auftrag unbrauchbar sein. Zusätzliche Haushaltsmittel lassen sich zudem nicht sofort in einsatzfähige Verbände umsetzen. Produktionszeiten, Fachkräfte, Ausbildung und Reparaturzyklen begrenzen die Geschwindigkeit.

Für eine belastbare Bewertung des Zusammenhangs zwischen zwei Kriegsschauplätzen müsste für jede relevante Fähigkeit geprüft werden, ob sie dort tatsächlich austauschbar ist. Der Verbrauch einer Ressource an einem Ort führt nur dann zu einem militärisch bedeutsamen Engpass an einem anderen, wenn dieselbe Fähigkeit dort benötigt wird, keine ausreichende Reserve besteht und Ersatz nicht rechtzeitig verfügbar ist. Eine pauschale Addition sämtlicher Kosten wäre dafür zu grob.

Hinzu kommt die Frage nach dem Auftrag. Dieselben Streitkräfte können für begrenzte territoriale Verteidigung hinreichen und für mehrere gleichzeitig zu erfüllende Interventionsaufgaben unzureichend sein. Einsatzbereitschaft ist deshalb eine Relation zwischen Mitteln, Auftrag, Gegner und Zeitraum. Der Begriff allein gibt noch keine Auskunft darüber, ob der zugrunde gelegte Anspruch notwendig ist.

4 Die Zielhierarchie hinter strategischer Priorisierung

Eine Ressourcenrechnung braucht ein Ziel, dessen Erreichung sie bewertet. Sobald militärische Verfügbarkeit gegenüber einer bestimmten Großmacht zum maßgeblichen Kriterium wird, erhalten andere Konflikte ihren Stellenwert aus dieser übergeordneten Konkurrenz. Die politische Rangordnung geht der technischen Optimierung voraus. Wer diese Rangordnung voraussetzt, kann mit fachlich korrekten Berechnungen zu einer interessengebundenen Empfehlung gelangen.

Zur Einordnung eignet sich die National Defense Strategy von Januar 2026. Sie formuliert gegenüber China ein günstiges Machtgleichgewicht und Abschreckung durch die Fähigkeit, gegnerischen Operationen den Erfolg zu verwehren. Zugleich betont sie militärische Kommunikation und Deeskalation. Eine Beherrschung oder Demütigung Chinas wird ausdrücklich zurückgewiesen. Dennoch soll weltweite amerikanische Schlagfähigkeit erhalten bleiben. Verbündete sollen in anderen Regionen mehr Verantwortung übernehmen. [8, gedruckte S. 4, 18–19]

Diese Selbstbeschreibung begrenzt die zulässige Schlussfolgerung: Ein Plan zur vollständigen Unterwerfung Chinas ist damit nicht belegt. Zugleich bleibt eine Ordnung denkbar, in der China wirtschaftlich und politisch fortbesteht, seine regionalen Gestaltungsmöglichkeiten aber durch eine von Washington organisierte Machtkonstellation begrenzt werden. Die entscheidende analytische Frage betrifft die Bedingungen dieser Begrenzung: Werden sie wechselseitig vereinbart, von Betroffenen mitbestimmt oder durch überlegene Zwangsmittel gesetzt?

Drei Zielgrößen müssen auseinandergehalten werden. Der Schutz der Bevölkerung vor Angriffen verlangt eine Bewertung konkreter Gefahren. Die Sicherung von Verbündeten setzt zusätzlich eine Klärung ihrer Interessen und der eingegangenen Verpflichtungen voraus. Die Erhaltung einer bevorzugten internationalen Machtstellung umfasst darüber hinaus Einflussmöglichkeiten, deren Verlust die eigene Bevölkerung nicht zwangsläufig gefährdet. Eine Politik kann alle drei Ziele verfolgen; sie sollte ihre Unterschiede offenlegen.

Die logische Probe besteht in einem Gegenbeispiel: Angenommen, ein militärischer Einsatz verbesserte die internationale Stellung der USA bei sehr geringem eigenem Ressourcenverbrauch, verursachte jedoch schwere Schäden für andere Gesellschaften. Eine ausschließlich machtstrategische Kostenrechnung könnte ihn positiv bewerten. Eine an menschlicher Sicherheit orientierte Rechnung müsste diese Schäden eigenständig gewichten. Darin zeigt sich, weshalb strategische Effizienz allein keinen hinreichenden Maßstab für die Beurteilung eines Krieges liefert.

5 Bewertungskriterien und ihre politischen Voraussetzungen

Die folgende Gegenüberstellung ist ein eigenständiges Prüfraster. Sie zeigt, welche Fragen eine umfassende Bewertung zusätzlich zur militärischen Zweckmäßigkeit stellen muss.

Kriterium	Militärstrategische Prüfung	Zusätzliche politische Prüfung
Verfügbarkeit	Welche Kräfte stehen wann für den Auftrag bereit?	Wie begründet ist der Auftrag selbst?
Opportunitätskosten	Welche andere Operation wird erschwert?	Welche zivilen Handlungsmöglichkeiten werden verdrängt?

Kriterium	Militärstrategische Prüfung	Zusätzliche politische Prüfung
Abschreckung	Verändert die Drohung das Kalkül des Gegners?	Erhöht sie zugleich dessen Eskalationsanreiz?
Macht-gleichgewicht	Kann ein Rivale entscheidende Vorteile gewinnen?	Wer definiert das akzeptable Gleichgewicht?
Bündnisleistung	Welche Lasten übernehmen Partner?	Wie verteilen sich Einfluss, Risiken und Zustimmung?
Dauerhaftigkeit	Lässt sich die Strategie materiell aufrechterhalten?	Ist die entstehende Ordnung für Betroffene tragfähig?

Opportunitätskosten sind die Möglichkeiten, auf die mit einer Entscheidung verzichtet wird. In einer eng militärischen Rechnung wird ein Einsatz mit einem anderen verglichen. Eine gesellschaftliche Rechnung umfasst zusätzlich zivile Infrastruktur, Bildung, Versorgung und die Zeit und Gesundheit der beteiligten Menschen. Welche Alternative überhaupt in den Vergleich eingeht, entscheidet wesentlich über das Ergebnis.

Auch der zeitliche Horizont verändert die Bewertung. Ein kurzfristiger Erfolg kann Folgeverpflichtungen auslösen, die seine unmittelbaren Vorteile übersteigen. Umgekehrt kann ein zunächst kostspieliger Verzicht auf eine militärische Option langfristig die Zahl der Konflikte verringern. Eine seriöse Bewertung müsste deshalb Annahmen über Folgereaktionen, Dauer und politische Endzustände offenlegen.

Eine besondere Schwierigkeit liegt in der Messung von Abschreckung. Das Ausbleiben eines Angriffs kann auf wirksame Drohungen zurückgehen, aber auch auf fehlende Angriffsabsicht, unzureichende Fähigkeiten, diplomatische Vereinbarungen oder hohe wirtschaftliche Eigenkosten. Wer jeden ausgebliebenen Krieg als Erfolg eigener Überlegenheit verbucht, macht seine Erklärung nahezu unwiderlegbar. Erforderlich sind überprüfbare Aussagen darüber, welche Veränderung unter welchen Bedingungen erwartet wird.

6 Worin die hegemoniale Sicht besteht

Der hegemoniale Gehalt einer Strategie zeigt sich besonders deutlich in der Verteilung von Entscheidungsmacht. Ein Staat kann seine eigene weltweite Handlungsfreiheit als Voraussetzung von Ordnung behandeln und vergleichbare Handlungsspielräume eines Rivalen als Störung dieser Ordnung bewerten. Damit entsteht eine Asymmetrie: Die bestehende Machtposition wird zum Ausgangspunkt, von dem aus die Veränderungen anderer beurteilt werden.

Das gilt auch für den Begriff des Status quo. Ein bestehender Zustand enthält bereits Zugangsrechte, militärische Präsenz, wirtschaftliche Vorteile und Abhängigkeiten. Seine Erhaltung kann konkrete Menschen schützen und gleichzeitig Privilegien konservieren. Eine Analyse muss deshalb benennen, welche Bestandteile bewahrt werden sollen, wem sie nutzen und wer sie verändern möchte. Die Bezeichnung eines Akteurs als revisionistisch ersetzt diese Untersuchung nicht.

Ein aufschlussreicher Quellenvergleich ergibt sich aus der National Security Strategy von 2025. Sie verbindet die Zurückweisung globaler Beherrschung mit dem Ziel amerikanischer Vorrangstellung. Für die westliche Hemisphäre formuliert sie einen besonderen Ordnungsanspruch. Im Fall Taiwans hebt sie dessen

strategische Lage und wirtschaftliche Bedeutung hervor und nennt militärische Überlegenheit als bevorzugte Voraussetzung der Abschreckung. [9, gedruckte S. 1, 7, 10, 15, 23–24]

Die analytische Folgerung lautet: Regionales Machtgleichgewicht und ein globaler Führungsanspruch schließen sich nicht aus. Eine führende Macht kann gerade dadurch ihre überregionale Stellung erhalten, dass sie in mehreren Regionen das Entstehen einer dominierenden Gegenmacht verhindert. Gegen die Vorherrschaft eines Rivalen gerichtet zu sein, beweist daher noch keine Bereitschaft, auf eigene asymmetrische Einflussmöglichkeiten zu verzichten.

Allerdings ist nicht jede militärische Begrenzung eines mächtigen Staates bereits hegemonial. Kleinere Staaten können aus eigenem Interesse Schutz suchen und eine äußere Gegenmacht unterstützen. Ihre Handlungsmacht verschwindet nicht dadurch, dass das Bündnis zugleich der stärkeren Schutzmacht Vorteile verschafft. Eine angemessene Untersuchung fragt nach Zustimmung, realen Wahlmöglichkeiten, Abhängigkeiten und der Fähigkeit, Anforderungen des Bündnisführers zurückzuweisen.

Für die Deutung des Ausgangsproblems folgt daraus ein präziser Maßstab: Von einer hegemonialen Perspektive ist dann besonders begründet zu sprechen, wenn die Sicherung amerikanischer Gestaltungsmacht als selbstverständlicher Zweck behandelt wird, während die Interessen anderer hauptsächlich nach ihrer Vereinbarkeit mit diesem Zweck zählen. Der Nachweis konkreter Absichten zur Unterwerfung eines Gegners wäre eine weitergehende Behauptung und benötigte zusätzliche Belege.

7 Ökonomische Interessen und gesellschaftliche Kosten

Militärische Präsenz kann Zugänge sichern, Erwartungen beeinflussen und Verhandlungspositionen verändern. Ihre politische Bedeutung reicht deshalb über den unmittelbaren Einsatz von Waffen hinaus. Die National Defense Strategy verknüpft die amerikanische Stellung im Indopazifik ausdrücklich mit wirtschaftlichem Zugang und der Möglichkeit, aus einer Position der Stärke zu handeln. [8, gedruckte S. 10]

Zwischen staatlicher Macht und Kapitalverwertung besteht dabei ein wechselseitiger Zusammenhang. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ermöglicht Steuereinnahmen, Kreditaufnahme, Forschung und Rüstungsproduktion. Staatliche Macht schützt und gestaltet wiederum Bedingungen, unter denen Unternehmen handeln und investieren. Daraus folgt kein einfacher Automatismus, nach dem ein einzelner Konzern jede außenpolitische Entscheidung bestimmt. Branchen, staatliche Institutionen und Bevölkerungsteile können unterschiedliche Interessen an Handel, Sanktionen, Aufrüstung und Krieg haben.

Eine machtpolitische Strategie muss daher auf ihre Verteilungswirkungen untersucht werden. Zusätzliche Rüstungsaufträge können bestimmten Unternehmen und Beschäftigten nutzen, während andere Bereiche unter höheren Finanzierungskosten, fehlenden Fachkräften oder gestörten Handelsbeziehungen leiden. Mehr Militärausgaben führen nicht mechanisch zu einer bestimmten Kürzung im Sozialbereich. Der reale Ressourcenkonflikt besteht aber darin, dass Arbeitskraft, industrielle Kapazität und öffentliche Mittel nur begrenzt gleichzeitig für unterschiedliche Zwecke eingesetzt werden können.

Für die Bevölkerung von Kriegsschauplätzen kommen unmittelbare Gefahren, Zerstörung von Versorgung und Verlust politischer Gestaltungsmöglichkeiten hinzu. Diese Folgen müssen als eigenständige Kosten eingehen. Werden sie nur berücksichtigt, soweit sie Widerstand, Instabilität oder schlechte öffentliche Wirkung erzeugen, bleibt ihr Gewicht vom Nutzen für die intervenierende Macht abhängig.

Die Bezeichnung einer Politik als nationales Interesse löst das Verteilungsproblem nicht. Zu fragen ist, welche Teile der Gesellschaft profitieren, wer bezahlt, wer Risiken trägt und wer entscheidet. Der Schutz

staatlicher Handlungsfähigkeit kann den Lebensbedingungen der Bevölkerung dienen. Eine dauerhafte Verbesserung dieser Lebensbedingungen lässt sich aus einem Zuwachs staatlicher Macht allein jedoch nicht ableiten.

8 Strategische Sequenzierung und ihre Grenzen

Der institutionelle Zusammenhang mit der Marathon Initiative macht den Vergleich mit Wess Mitchells Studie *Strategic Sequencing Revisited* von 2024 relevant. Mitchell untersucht die zeitliche Staffelung von Konkurrenz unter begrenzten Mitteln. Er empfiehlt, die Position gegenüber Russland durch Unterstützung der Ukraine zu verbessern, europäische Verbündete stärker einzubinden und industrielle Kapazitäten auszubauen, um mehr Aufmerksamkeit auf China richten zu können. Diplomatie gehört zu dieser zeitlichen Neuordnung. [10, gedruckte S. 1–3, 9–13]

Die eigenständige Schlussfolgerung daraus betrifft den politischen Charakter von Zurückhaltung. Wer eine Konfrontation begrenzt, kann damit eine Entspannung anstreben. Er kann ebenso Ressourcen und Zeit für eine andere Auseinandersetzung gewinnen wollen. Beide Wirkungen können sich überlagern. Für die Einordnung sind das angestrebte Endverhältnis und die vorgesehenen Anschlussmaßnahmen aussagekräftiger als die bloße Forderung nach weniger militärischem Einsatz.

Sequenzierung setzt allerdings eine Steuerbarkeit voraus, die im Verhältnis selbstständiger Akteure nur begrenzt vorhanden ist. Rivalen müssen sich nicht an den gewünschten Zeitplan halten. Verbündete können eigene Konflikte vorantreiben. Eine Operation, die Kräfte freisetzen soll, kann neue Verpflichtungen erzeugen. Selbst eine militärisch erfolgreiche Aktion kann politische Folgekosten hinterlassen, die den erwarteten Gewinn zunichtemachen.

Es wäre deshalb zu weitgehend, aus einer Übereinstimmung in der Priorisierungslogik ein einheitliches Drehbuch abzuleiten. Strategische Texte können Einfluss ausüben, ohne die tatsächlich eintretenden Ereignisse geplant oder kontrolliert zu haben. Der Vergleich belegt eine verwandte Problemstellung innerhalb eines politischen Milieus; er beweist keine gemeinsame operative Regie einzelner Kriege.

9 Abschreckung Gegenmacht und Rückkopplung

Eine zusätzliche Fähigkeit verändert nicht nur die eigene Auswahl an Handlungen. Sie verändert auch das Kalkül anderer. Wird eine Stationierung als Vorbereitung eines Angriffs wahrgenommen, kann sie Gegenrüstung, engere Bündnisse oder eine Verkürzung militärischer Entscheidungsfristen auslösen. Diese Reaktionen können wiederum als Begründung weiterer Aufrüstung dienen. Eine solche Rückkopplung ist möglich, aber für jeden Fall empirisch zu prüfen.

Die Gegenhypothese ist ebenso ernst zu nehmen: Ein Staat kann unabhängig von neuen gegnerischen Maßnahmen expansive Ziele verfolgen, die durch glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit gebremst werden. Sicherheit entsteht deshalb weder automatisch durch Aufrüstung noch automatisch durch deren Unterlassung. Entscheidend sind Fähigkeiten, Absichten, politische Kommunikation und die Bedingungen eines möglichen Ausgleichs.

Auch chinesische Selbstbeschreibungen müssen diesem Maßstab unterliegen. Die chinesische Regierung beanspruchte im Weißbuch von 2022 die Vereinigung mit Taiwan, bevorzugte dafür einen friedlichen Weg und behielt sich Gewalt vor. Zugleich stellte sie äußere Einmischung und Separatismus als Gefährdung des

Friedens dar. Das ist eine Primärquelle für den chinesischen Herrschaftsanspruch und seine Begründung, keine neutrale Feststellung über die Interessen aller Betroffenen. [11]

Eine quellensymmetrische Prüfung unterstellt den Akteuren nicht automatisch gleiche Machtmittel, gleiche Verantwortung oder identische Ziele. Sie legt ihnen dieselben Fragen vor: Welche eigenen Optionen sollen gesichert werden? Welche Optionen werden anderen verwehrt? Welche Interessen erscheinen als allgemein gültig? Welche Bevölkerung darf den politischen Endzustand tatsächlich mitbestimmen?

Gerade Taiwan zeigt die Grenze einer reinen Großmachtrechnung. Eine Bevölkerung wird analytisch verkürzt, wenn sie ausschließlich als strategische Position, wirtschaftliche Ressource oder Bestandteil eines nationalen historischen Anspruchs erscheint. Ihre Sicherheit und ihr politischer Wille müssen als eigenständige Größen berücksichtigt werden. Die Bewertung amerikanischer Hegemonie darf nicht zur automatischen Anerkennung einer konkurrierenden Verfügungsmacht führen.

10 Gegenhypothesen und notwendige Belege

Die stärkste alternative Lesart lautet, dass die Konzentration begrenzter Mittel eine Verteidigungspolitik stabilisiert: Ein Rivale könnte von Gewalt abgehalten, ein Verbündeter geschützt und ein größerer Krieg vermieden werden. Diese Deutung wäre gestärkt, wenn überprüfbare defensive Aufgaben begrenzt formuliert, wechselseitige Sicherheitsinteressen anerkannt und erfolgversprechende Vereinbarungen tatsächlich umgesetzt würden.

Die hegemoniale Deutung würde stärker, wenn friedliche Vereinbarungen abgelehnt würden, weil sie amerikanische Eingriffsmöglichkeiten oder wirtschaftliche Vorrechte begrenzen, obwohl sie den Schutz der betroffenen Bevölkerung gewährleisten könnten. Weitere Indizien wären asymmetrische Regeln für militärische Präsenz, die Unterordnung von Partnerinteressen und die fortgesetzte Ausweitung dessen, was als unverzichtbare nationale Sicherheit gilt.

Für den militärischen Kern der Ausgangsthese wären vor allem zeitlich bestimmte Bestands- und Bedarfsdaten erforderlich: die tatsächlich verfügbaren Fähigkeiten, ihr Verbrauch, Ersatzzeiten, alternative Stationierungen und der Bedarf in konkreten Szenarien. Hinzukommen müssten die Reaktionen Chinas und regionaler Akteure. Eine schlechtere amerikanische Materialbilanz beweist für sich genommen weder eine unmittelbar bevorstehende chinesische Operation noch das Versagen jeder möglichen Abschreckungsform.

Für die politische Gesamtbewertung wären außerdem der angestrebte Endzustand, überprüfbare Verhandlungsangebote und eine Bilanz der gesellschaftlichen Kosten erforderlich. Auch die rechtliche Zulässigkeit militärischer Gewalt bedarf einer eigenen Untersuchung. Eine erfolgreiche Operation rechtfertigt sich nicht durch ihren Erfolg; eine materielle Fehlentscheidung beantwortet umgekehrt noch keine Rechtsfrage.

11 Gesamturteil

Die materielle Kritik an militärischer Überdehnung besitzt eine belastbare Grundlage. Daraus folgt zunächst, dass politische Ansprüche an tatsächlich verfügbare Mittel zurückgebunden werden müssen. Offen bleibt, welche Ansprüche erhalten, begrenzt oder aufgegeben werden sollen. Genau an diesem Übergang von der Diagnose zur Zielwahl liegt die politische Substanz der Debatte.

Die hier begründete hegemoniale Deutung betrifft eine Rangordnung: Die internationale Handlungsfähigkeit der USA wird zum Maßstab, an dem regionale Konflikte und die Aufgaben anderer Akteure bewertet werden. In dieser Perspektive ist Ordnung dann günstig, wenn Washington seine Interessen auch gegenüber starken Rivalen wirksam durchsetzen kann. Das lässt sich mit begrenzten Kriegen, Diplomatie und regionalen Gleichgewichten verbinden. Hegemoniale Politik muss nicht überall zugleich maximale Gewalt einsetzen.

Der entscheidende Einwand richtet sich gegen die Gleichsetzung dieses Maßstabs mit Sicherheit überhaupt. Eine Strategie kann die relative Stellung eines Staates verbessern und gleichzeitig Lebensbedingungen verschlechtern, Abhängigkeiten vertiefen oder das Eskalationsrisiko erhöhen. Ihre Beurteilung verlangt daher eine zweite Rechnung, in der Menschenleben, Versorgung, politische Selbstbestimmung und langfristige Friedensfähigkeit unabhängig vom Machtgewinn einer Seite zählen.

Die offene politische Frage lautet damit, unter welchen Bedingungen die beteiligten Mächte auf vorteilhafte Zwangsmöglichkeiten verzichten würden, um verlässlichere gemeinsame Sicherheit zu erreichen. An der Antwort lässt sich besser als an der bloßen Sprache von Frieden oder Abschreckung erkennen, wie weit eine Strategie über die Verwaltung der eigenen Vorrangstellung hinausführt.

Quellen und Belegstellen

Die Nummern verweisen auf die jeweils belegten Tatsachen oder erklärten Positionen. Analytische Folgerungen und Prüfkriterien sind als solche im Text formuliert. Seitenzahlen von Strategiedokumenten beziehen sich auf die gedruckte Zählung. Onlinequellen wurden am 11. Oktober 2026 geprüft.

[1] Joe Costa und Ely Ratner. Meinungsbeitrag in der Washington Post vom 16. März 2026. Ausgangstext. [Onlinequelle](#)

[2] Atlantic Council. Joe Costa. Institutionelle Biografie. [Onlinequelle](#)

[3] The Marathon Initiative. Ely Ratner. Institutionelle Biografie. [Onlinequelle](#)

[4] Atlantic Council. Forward Defense. Selbstdarstellung des Programms. [Onlinequelle](#)

[5] The Marathon Initiative. What We Do. Auftrag und Hinweis zur Eigenständigkeit von Autorenpositionen. [Onlinequelle](#)

[6] U.S. Government Accountability Office. Military Readiness: DOD Should Take Further Actions to Address Challenges Across the Air, Sea, Ground, and Space Domains. GAO-26-108888, 4. März 2026. [Onlinequelle](#)

[7] Congressional Budget Office. Maintenance Delays for Conventional Navy Ships. Dezember 2025. Insbesondere Summary und Abbildung 2-8. [Onlinequelle](#)

[8] U.S. Department of War. National Defense Strategy 2026. Januar 2026. Gedruckte S. 4, 10 und 18–19. Volltext über eine bei CSIS zugängliche Kopie des Regierungsdokuments. [Onlinequelle](#)

[9] The White House. National Security Strategy of the United States of America. November 2025, veröffentlicht Dezember 2025. Gedruckte S. 1, 7, 10, 15 und 23–24. [Onlinequelle](#)

[10] A. Wess Mitchell. Strategic Sequencing Revisited. The Marathon Initiative, 2024. Insbesondere gedruckte S. 1–3 und 9–13. [Onlinequelle](#)

[11] Regierung der Volksrepublik China. China releases white paper on Taiwan question, reunification in new era. 10. August 2022. Regierungsveröffentlichung mit Auszügen aus dem Weißbuch. [Onlinequelle](#)

Rechtsschutzklausel

Die vorliegende Schrift ist eine politisch-analytische Betrachtung historischer Entwicklungen und historischer Dokumente, die mit Unterstützung einer künstlichen Intelligenz (KI) erstellt wurde. Zugleich handelt es sich ausdrücklich um eine Meinungsäußerung im Sinne von Artikel 5 Grundgesetz sowie um einen Beitrag zur politischen und wissenschaftlichen Debatte. Die Analyse erhebt keinen Anspruch auf Richtigkeit, Vollständigkeit oder Verbindlichkeit; sie ist kein amtliches Dokument und ersetzt keine Rechtsberatung. Sie ist nicht als Aufruf zu Gewalt, nicht als Verunglimpfung von Staaten, Bevölkerungsgruppen oder Personen und nicht als Billigung von Straftaten zu verstehen. Ziel des Textes ist es, bestehende Narrative kritisch zu beleuchten, historische Parallelen aufzuzeigen und die öffentliche Diskussion über geopolitische Entwicklungen zu fördern. Vergleiche, insbesondere historische Vergleiche, sind wissenschaftliche Methode, nicht Gleichsetzung und nicht gleichsetzende Wertung; sie markieren machtdynamische Muster und kennzeichnen Risiken für friedliches Zusammenleben. Alle Angaben beruhen auf zum Zeitpunkt der Erstellung verfügbaren Quellen und subjektiver Meinung. Jede Leserin und jeder Leser ist eingeladen, die dargestellten Argumente kritisch zu prüfen und sich eine eigene Meinung zu bilden. Eine Haftung für Fehler oder Handlungen, die auf Grundlage der Inhalte erfolgen, wird ausgeschlossen.

IMPRESSUM

Dr. Klaus Retzlaff, Böklinger Straße 36, 39444 Hecklingen,
verantwortlicher Autor im Sinne des Presserechts